

ALS WAHLBEOBACHTERIN UND MENSCHENRECHTSEXPERTIN DER PV OSZE IN DER UKRAINE

Die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine haben zu einem Erdrutschsieg von Präsident Zelenskyi gegen den bisherigen Präsidenten Poroschenko geführt. Die Wahlen sind nach Auffassung der OSZE-WahlbeobachterInnen einigermaßen korrekt abgelaufen. Verbesserungsbedarf besteht aber. Die Situation der Zivilbevölkerung im Osten der Ukraine ist wegen des Kriegs inakzeptabel. Der ständige Menschenrechtsausschuss der Parlamentarischen Versammlung der OSZE verlangt dringend, dass die – in den Minsker Abkommen von drei Seiten unterzeichnete – Waffenruhe umgesetzt wird und das humanitäre Völkerrecht sowie die Menschenrechte respektiert werden.



NR Margret Kiener Nellen mit einem Mitglied des Wahlkomitees von Kramatorsk

Bild Guido Almerigogna

Als Wahlbeobachterin für die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV OSZE) erlebte ich die beiden Wahlgänge für die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine am 31. März sowie am 21. April 2019 vor Ort mit.

In Kiev erhielten die WahlbeobachterInnen eine zweitägige Einführung zu den Wahlgesetzen, den Themen und dem Verlauf der Wahlkampagnen. Mittels Referaten, Podien mit staatlichen Behörden sowie Nichtregierungsorganisationen und Medien sowie durch eine persönliche Vorstellungsrunde der KandidatInnen oder ihrer Kampagnenleitung konnten wir uns mit den Rahmenbedingungen vertraut machen.

Am Samstag ging es dann an die Einsatzorte. Meinem Team wurde Kramatorsk zugewiesen, eine Stadt, welche mit sechsständiger Zugfahrt nach Osten gut erreichbar ist. Sie liegt rund 50 km westlich der Front.

Am Wahltag waren wir eine halbe Stunde vor Öffnung im ersten Wahllokal. Unsere Aufgabe war es, anhand von detaillierten Fragebögen die Einhal-

tung des nationalen Wahlrechts sowie der OSZE- und internationalen Standards festzustellen. Identitätskontrollen, Stimmabgabe und Auszählung liefen in Kramatorsk sowie in den Dörfern rundherum, die wir besuchten, speditiv und professionell ab.

Die Zusammenarbeit mit den Wahlkomitees war gut. Immer wieder fragten sie uns: Was tut ihr, um diesen scheusslichen Krieg zu beenden?

Schwierigkeiten stellten sich hingegen bei der Registrierung der Wahlberechtigten sowie beim generellen Wahlrecht für mündige ukrainische Staatsangehörige. Nicht nur mussten sich alle intern Vertriebenen für den zweiten Wahlgang erneut registrieren lassen, was deren Beteiligung klein hielt. Rund 3 Millionen ukrainische Staatsangehörige im vorläufig besetzten Donbass nahmen mangels Wahllokale sowie beschwerlichster Reisen zu den Wahllokale westlich der Front an den Wahlen nicht teil.

Verbesserungsbedarf besteht auch bei Gesetzeslücken für den zweiten Wahlgang, bei der Zugänglichkeit der Wahllokale für Mobilitätseingeschränk-

te, sowie bezüglich Wahlmöglichkeiten von ukrainischen Staatsangehörigen im Ausland.

Für die konsolidierten Erkenntnisse und Empfehlungen verweise ich auf den Schlussbericht der OSZE, publiziert auf www.osce.org.



NR Margret Kiener Nellen mit Kyriakos Hadjiyianni, Parlamentarier von Zypern und mit Dolmetscher Bild Guido Almerigogna

Die Wirksamkeit der OSZE-Wahlbeobachtung beurteile ich als sehr positiv. Viele Wählerinnen und Wähler zeigten sich erfreut, dass ausländische Parlamentsmitglieder aus den 56 anderen OSZE-Ländern in den Wahllokalen präsent waren und alle Stadien der Wahlen kritisch beobachteten. Verbessert werden kann sicher die „Nach-Betreuung“ der Behörden, damit die OSZE-Empfehlungen bei nächsten Wahlen möglichst umgesetzt werden.

Nach dem Erdrutschsieg von Präsident Zelensky gegen den bisherigen Präsidenten Poroschenko werden die Karten am 21. Juli auch für das ukrainische Parlament neu gemischt. Spannender könnte die Ausgangslage für diese Parlamentswahlen nicht sein. Die PV OSZE wird auch diese Wahlen beobachten.

Dringender Handlungsbedarf für Waffenruhe und Menschenrechte

Als Vorsitzende des ständigen Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen der PV OSZE leitete ich im Dezember 2018 und im Juni 2019 Menschenrechtsmissionen in die Ostukraine.

Die Situation ist inakzeptabel: Beide Seiten verletzen mit andauernden Kampfhandlungen die Minsker Abkommen sowie das humanitäre Völkerrecht. Die Ukraine ist eines der am stärksten verminten Länder der Welt. Sie verzeichnet seit drei Jahren weltweit am meisten Minenopfer sowie nach Afghanistan und Syrien am meisten Kriegsoffer.

Mit bloss fünf Übergängen auf der über 400km langen Frontlinie wird die Bewegungsfreiheit der

Bevölkerung krass eingeschränkt. Bei grösster Hitze und Kälte müssen die pensionierten Menschen aus dem Donbass alle zwei Monate 1,5 km zu Fuss über die prekäre Fussgängerbrücke bei Stanytsia Luhanska, und sich zudem als „intern Vertriebene“ registrieren lassen, um ihre Altersrente von 50 Euro pro Monat weiterhin zu erhalten. Monatlich gibt es 150-200 Personen, die auf dieser Brücke kollabieren, und keine Ambulanz hat Zugang. 2019 wurden allein im regierungskontrollierten Gebiet bereits 11 Todesfälle registriert!

Daher riefen wir vom PV OSZE-Menschenrechtsausschuss anfangs Juni öffentlich alle Beteiligten auf, diese Brücke umgehend zu reparieren sowie weitere Brücken zu entminen, zu sanieren und wieder für den Verkehr freizugeben.



Zerstörte Brücke bei Stanytsia Luhanska Bild OSZE PV

Zur gleichen Zeit brachte die Schweizer DEZA unter der Leitung von Dieter Dreyer einen Konvoi von 140 Lastwagen mit 410 Tonnen humanitärer Hilfe in die Ostukraine – vor allem medizinisches Material für Spitäler sowie Chemikalien für die Trinkwasseraufbereitung (srf Tagesschau berichtete).

Es besteht dringender Handlungsbedarf für den Rückzug der schweren Waffen und eine Waffenruhe, die von beiden Seiten eingehalten wird. Es ist zu hoffen, dass die verschiedenen Aktivitäten der OSZE noch stärker beitragen können, dass das Leiden der Bevölkerung im Osten der Ukraine aufhört und der Krieg ein Ende nimmt.

Margret Kiener Nellen, Nationalrätin